



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Tunesien
2012

Im Jahr 2012 wurde der Ausnahmezustand aus dem Protestjahr 2011 verlängert. Es gab erneut Proteste gegen schlechte Lebensbedingungen und Forderungen nach einer juristischen Aufarbeitung der tödlichen Gewalt gegen Demonstrierende aus dem Vorjahr. Bei Demonstrationen gab es wieder exzessive Polizeigewalt - aber es wurden keine Todesfälle bekannt. Auch 2012 erfuhr Amnesty International von einzelnen Foltervorwürfen und Misshandlungen. Doch wurden erstmals auch beschuldigte Sicherheitskräfte verhaftet und Verfahren eingeleitet. Angestoßene Reformen im Justizwesen und zur Verhinderung von Folter wurden 2012 noch nicht effektiv in die Praxis umgesetzt. (1)

Exzessive Polizeigewalt

Tausende erinnerten am 9. April in der Hauptstadt Tunis an die Toten und Verletzten des "Arabischen Frühlings" in Tunesien und in ganz Nordafrika. Die Demonstrierenden wehrten sich auch gegen ein Demonstrationsverbot in der Bourgiba Allee im Stadtzentrum. Sicherheitskräfte gingen mit Schlagstöcken brutal gegen die Kundgebungen vor. (1)

Am 27./28. und 29. November wurden 300 Demonstrierende und Zuschauer/innen durch Polizeigewalt in der Stadt Siliana verletzt. Die Demonstrierenden hatten die Absetzung des Gouverneurs von Siliana gefordert, sowie die Freilassung von 13 Gefangenen, die bei Protesten von 2011 verhaftet wurden und sich ein Jahr später noch in Untersuchungshaft befanden. UN-Mitarbeiter besuchten einige Verletzte anschließend im Krankenhaus in Tunis und bezeugten Schusswunden am Kopf und Rücken und berichteten außerdem von Augenverletzungen durch Tränengaseinsatz, die zur Erblindung führen könnten. (2)

Folter und Misshandlungen

Eine Frau klagte drei Polizisten an, nachdem sie bei einer Polizeikontrolle nachts in Tunis vergewaltigt worden war. Zwei Beamte vergewaltigten sie nach ihrer Aussage in ihrem Auto, der Dritte drangsalierte ihren Verlobten und wollte ihn zwingen Geld vom Automaten abzuheben und dem Beamten auszuhändigen.

Die beschuldigten Beamten wurden verhaftet und ein Verfahren eröffnet. Doch die Polizisten klagten nun ihrerseits das Paar wegen "unmoralischen Verhaltens" an. Nun lud das Gericht das Paar als Verdächtige vor. Amnesty forderte die tunesischen Behörden auf, Vergewaltigung in Polizeigewahrsam entschiedener als Form von Folter zu verfolgen, statt die Opfer zu kriminalisieren. (3)

Am 8. September 2012 starb Abderrouf Khemmassi in Polizeigewahrsam in Tunis. Er war 11 Tage zuvor wegen Diebstahlverdachts fest genommen worden. Die Autopsie dokumentierte Verletzungen und gab als Todesursache einen Schlag gegen den Kopf an. Vier Polizeibeamte wurden verhaftet und angeklagt. (4)

Aufklärung von Folter und Polizeigewalt

In den oben genannten Folterfällen gab es im Anschluss Verhaftungen und Verfahren deren Ausgang bis Jahresende unklar war.

Im Januar 2012 gründete die Regierung ein Ministerium für Menschenrechte und Übergangsjustiz. Es soll Strategien für die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit entwickeln und Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte in der Zukunft vorschlagen – darunter auch den Schutz vor Folter. Im Mai legte die "Bourderbala-Kommission" ihre Untersuchung zu Menschenrechtsverstößen vor, die bis zum Sturz des Präsidenten Ben 'Ali im Januar 2011 begangen wurden. Dabei ging es vor allem um die exzessive Gewalt der Sicherheitskräfte des alten Regimes gegen friedliche Demonstrierenden zu Beginn der tunesischen Revolution. Der Bericht listete die Ereignisse, Todesopfer und Verletzte auf, konnte oder wollte aber keine Personen ermitteln, welche die tödliche Gewalt bei den einzelnen Demonstrationen angeordnet und ausgeführt hatten. (5)

Auf höherer Ebene gab es hingegen ein paar Verurteilungen mit Symbolcharakter. Militärgerichte verurteilten im Juni 2012 den früheren Innenminister Rafiq Belhaj Kacem zu 12 Jahren Haft wegen Mitschuld an der Tötung von Demonstrierenden. Mit ihm erhielten auch 4 hochrangigen Mitarbeiter der Staatssicherheit - die Behörde unterstand bis zu ihrer Abschaffung im Vorjahr dem Innenministerium - Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren. Sechs Beamte aus dem mittleren Dienst der Staatssicherheit wurden ebenfalls schuldig gesprochen. Im Juli verurteilte ein Militärgericht den Ex-Präsidenten Ben 'Ali in Abwesenheit zu lebenslanger Freiheitsstrafe wegen Verantwortung für die Tötung von Demonstrierenden im Großraum Tunis. 39 daran beteiligte ehemalige Sicherheitskräfte erschienen vor Gericht und erhielten hohe Haftstrafen. Ben 'Ali blieb im Exil in Saudi-Arabien jedoch unbehelligt. (4)

Quellen:

- 1) "Tunisia: One step forward, two steps back? One year since Tunisia's Landmark Elections", AI Index: MDE 30/010/2012
- 2) Public Statement, AI Index: MDE 30/012/2012
- 3) www.amnesty.org/en/news/tunisia-woman-allegedly-raped-police-may-face-jail-time-2012-09-27
- 4) www.amnesty.de/jahresbericht/2013/tunesien